Goldener Bremsklotz 2025: Nomination Verteidigungsdepartement

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) beweist seit Jahren eine bemerkenswerte Kreativität, wenn es darum geht, Medienschaffenden die Arbeit zu erschweren.

Den jüngsten Höhepunkt seiner Intransparenz erreichte das Departement im Sommer 2025: Bekannt wurde, dass das VBS in den letzten zwei Jahren 175'000 Franken Steuergelder für externe Rechtsberatung ausgab – einzig, um sich gegen Auskunftsbegehren von Journalistinnen und Journalisten zu wappnen, die sich auf das Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) beriefen. Anstatt die verlangten Unterlagen offenzulegen, engagierte das Departement eine Zürcher Kanzlei, um juristisch gegen die Veröffentlichung zu argumentieren. Dieses Vorgehen widerspricht dem Geist des Öffentlichkeitsgesetzes, das den Zugang zu amtlichen Dokumenten als Grundprinzip demokratischer Kontrolle garantiert.

Damit nicht genug: Dieselbe Kanzlei beriet das VBS auch bei nahezu allen umstrittenen Rüstungsprojekten – etwa beim Kampfjet F-35, dem Drohnenprojekt ADS15 oder der Modernisierung der Armeekommunikation. Insgesamt flossen seit 2021 sage und schreibe 2,5 Millionen Franken an dieselbe Kanzlei – bezahlt aus dem Verteidigungsbudget. Besonders stossend: Wie alle Departemente muss auch das VBS Beschaffungen und Beratungsmandate, die mit mehr als 50'000 Franken zu Buche schlagen, auf einer Liste von öffentlichen Beschaffungen ausweisen. Doch auf dieser Liste ist in den letzten Jahren nur ein einziges Mandat der Kanzlei aufgeführt. Ein Missstand, der dem Transparenzanspruch einer Bundesbehörde diametral widerspricht. Gemäss Weltwoche flossen zwischen 2021 und 2025 rund sechs Millionen Franken vom VBS an externe Kanzleien – unter anderem auch in Zusammenhang mit dem Berner Oberländer Munitionslager Mitholz oder der Entflechtung der RUAG.

Auch bei der Darstellung seiner Transparenzpraxis nimmt es das VBS nicht so genau. In Berichten zum Öffentlichkeitsgesetz präsentiert das Departement geschönte Zahlen, die eine hohe Offenlegungsquote suggerieren – tatsächlich aber werden pendent gebliebene oder zurückgezogene Gesuche als «erfolgreich behandelt» gezählt. Die Realität: Viele Gesuche bleiben blockiert, verzögert oder enden nach langen juristischen Auseinandersetzungen.

Hinzu kommt ein zunehmend problematischer Umgang mit der Kommunikation: Das VBS veröffentlicht «Richtigstellungen», die keine sind, sondern Verteidigungsschriften in eigener Sache. Selbst wenn Fakten nachweislich falsch dargestellt werden, löscht das Departement

entsprechende Passagen oder weigert sich, Fehler einzuräumen – wie im Fall der angeblichen Fixpreise für den Kampfjet F-35.

Anstatt mit Offenheit auf Kritik zu reagieren, greift das VBS auch zu juristischen Mitteln: Im vergangenen Jahr schaltete es einen Anwalt ein, um interne Informationslecks zu verfolgen – eine Massnahme, die mehr an Einschüchterung erinnert als an eine offene Informationskultur.

Das Muster ist klar: Das Departement, das eigentlich für Sicherheit zuständig ist, scheint vor allem eines absichern zu wollen: sich selbst. Dafür verdient das VBS den Goldenen Bremsklotz 2025.

Stellungnahme Renato Kalbermatten, Chef Kommunikation VBS:

Mit Interesse haben wir die unsere Nomination für den «Goldenen Bremsklotz 2025» zur Kenntnis genommen. Gerne möchte ich das VBS an Ihrer Veranstaltung vertreten und hoffe, dass ich es mir von der Agenda her einrichten kann.

Wir könnten Ihnen nun im Einzelnen und für jedes Geschäft darlegen, warum wir so kommuniziert haben, wie Sie es bemängeln – dass wir zum Beispiel gesetzliche Vorgaben aus dem Beschaffungsrecht berücksichtigen und mit sensiblen Informationen zur Sicherheit unseres Landes verantwortungsvoll umgehen müssen, dass wir uns im Spannungsfeld mit dem Bedürfnis nach Informationen manchmal gegen volle Transparenz entscheiden müssen, dass dies von aussen als übervorsichtig wahrgenommen kann oder dass wir unser Web nicht als Archiv verstehen und deshalb Richtigstellungen wie viele andere Inhalte aus früheren Jahren im Zuge einer technischen Migration auf ein neues CMS gelöscht haben und auf Anfrage jederzeit zur Verfügung stellen.

Wichtiger scheint uns jedoch, dass wir die Nomination als Ansporn sehen, unsere Praxis weiter zu verbessern, die Transparenz zu stärken und den gesetzlichen Informationsauftrag weiterhin zu erfüllen. Transparenz und der offene Umgang mit Informationen sind zentrale Werte einer funktionierenden Demokratie – und sind für uns von grundlegender Bedeutung.